

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl. Illustr. Unterhaltbl.) in der Expedition, bei unsern Boten, sowie bei allen Reichs-Postanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Klein-
zeile 10 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: E. Hannebohn in Eibenstock.
39. Jahrgang.

Nr. 125.

Sonnabend, den 22. Oktober

1892.

Öffentliche Sitzung der städtischen Collegien
Sonnabend, den 22. Oktober 1892, Abends 8 Uhr
im Rathhaussaale.

Eibenstock, den 21. Oktober 1892.

Der Stadtrath. Der Stadtverordneten-Vorsteher.
3. B.: Landrock. Richard Hertel.

Tagesordnung:

Bebauungsplan und Bauregulator für den Crottensee.

Bekanntmachung.

Am 24. und 25. dieses Monats können wegen Reinigung der Expeditionsräume nur dringliche Sachen erledigt werden.

Eibenstock, am 20. Oktober 1892.

Königliches Haupt-Zoll-Amt.

3. B.:

Bräutigam, Hauptamts-Rendant.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Es ist jetzt als feststehend zu betrachten, daß zur Deckung der Kosten der neuen Militärvorlage nicht ein einzelner Gegenstand, sondern ein ganzes Bündel von Steuerprojekten, durchgängig Erhöhungen von bestehenden Steuern, herhalten soll. Es sind die bekannten Objekte, Tabak, Bier, Branntwein, Börsenstempel und als neue Steuer eine Abgabe vom inländischen Schaumwein. Die Vorbereitungen zur Ausarbeitung dieser sämtlichen Vorschläge sind lebhaft im Gange und es ist eine unrichtige Behauptung, daß die Regierung bereits von einem oder dem andern dieser Projekte, namentlich von der Erhöhung der Biersteuer zurückgekommen sei. Im Bundesrath glaubt man dabei nicht auf Schwierigkeiten zu stoßen. Was den Reichstag betrifft, so werden dessen Entschlüsse von der Entscheidung über die Militärvorlage abhängig sein. Zur Vertheilung der notwendigen Mehreinnahmen auf eine ganze Reihe von Steuerquellen kann man geltend machen, daß auf diese Weise kein Erwerbs- und Produktionszweig derart überlastet wird, daß er ernstlich in seinem Fortbestand gefährdet wäre, und daß es ohne ganz gewaltsame wirtschaftliche Umwälzungen gar nicht möglich ist, aus einer einzigen Steuerquelle die erforderlichen großen Mehreinnahmen zu schöpfen. Es werden auch schwerlich aus der Mitte des Reichstags andere gangbare Wege gezeigt werden. Es wird sich für den Reichstag vorzugsweise darum handeln, die Höhe des Bedürfnisses zu ermäßigen, dann werden auch die Ansprüche an neue Einnahmequellen sich mindern. Ob jenes gelingen wird, ist freilich eine andere Frage. Die Regierung soll nicht geneigt sein, an der Vorlage, wie sie aus dem Bundesrath hervorgeht, wesentliche Einschränkungen zuzugestehen, sondern es lieber auf das Aeußerste ankommen lassen wollen.

— Berlin. Wie verlautet, ist an hiesiger zuständigen Stelle die Anregung, Hamburg bereits jetzt für seuchenfrei zu erklären, ablehnend entschieden worden. Man wird angesichts der noch immer regelmäßig vorkommenden Choleraerkrankungen in Hamburg diese Haltung der Reichsbehörden, so abträglich sie auch für den Handel und Verkehr nicht bloß Hamburgs, sondern großer Theile des Reiches sein mag, nur billigen können. Tritt einmal das Reichsgesundheitsamt mit der bestimmten Erklärung hervor, daß Hamburg seuchenfrei sei, dann muß es sich um eine unanfechtbare Thatsache handeln, die von keiner Seite mit Berechtigung bemängelt werden kann. Die größte Gewissenhaftigkeit ist da geboten, welche gegenüber alle anderen Rücksichten in den Hintergrund zu treten haben. Leider lauten auch die sonstigen Nachrichten aus der großen Hansestadt noch wenig erfreulich. So wird in einem soeben ergangenen Aufruf der statistischen Kommission des Hamburger Gewerkschaftsartikels geradezu behauptet, daß der Hungertyphus vor der Thür stehe, zumal die Arbeitslosigkeit und der Nothstand unvermindert seien und allem Anschein nach noch Monate lang dauern würden. Was will es gegenüber solchen traurigen Ausichten schließlich besagen, daß der Hamburger Nothstandsausschuß über den Eingang von 2 1/2 Millionen Mark quittiren kann! Das sind recht eigentlich nur Tropfen auf einen heißen Stein. Möchte sich doch der bewährte deutsche Wohlthätigkeitsstimm weiter glänzend entfalten und dem schrecklichen Nothstande der bedürftigen Klassen der Hamburger Bevölkerung einigermaßen abzuhelfen suchen!

— Seit dem 16. Oktober ist der bei dem Post-
amte 5 in-Berlin beschäftigt gewesene Postassistent
Reinhold Adolf Riemer nach Unterschlagung eines
Baarbetrages von 5760 M. flüchtig geworden. Auf
seine Ergreifung und die Wiederherbeischaffung des
unterschlagenen Geldes ist eine Belohnung von 300 M.
ausgesetzt.

— Hamburg, 19. Oktober. Bei dem Ein-
sturz eines Stieles am Reiherrsteig wurden sieben
Arbeiter verschüttet. Die Feuerwehr grub fünf der
Verschütteten noch lebend aus, zwei waren leider todt.
Der Einsturz des Stieles erfolgte kurz darauf, nach-
dem ein Eisenbahnzug die Stelle passirt hatte.

— Mainz. Nach einer den „Mainz. Nachr.“
aus angeblich zuverlässiger Quelle zugegangenen Mit-
theilung besteht in militärischen Kreisen die Absicht,
die Festung Mainz in ein befestigtes Lager um-
zuwandern. Im südöstlichen Theil der Festung sollen
die Wälle geschleift und das gegenwärtige Neuthor
bis zur Weisenauer Lagerkaserne hinausgeschoben
werden.

— Eine allgemeine Viehzählung findet am
1. Dezember im ganzen Reiche statt. Die Staats-
und Gemeindebeamten, insbesondere die Lehrer, sollen
zur Betheiligung an der Zählung angeregt werden.
Veranstaltungen, die die ordnungsmäßige Ausführung
der Viehzählung in einzelnen Orten gefährden können,
sollen am 1. Dezember unterbleiben; die auf die Zeit
vom 30. November bis 2. Dezember fallenden Jahr-
kram- und Viehmärkte sollen auf andere Tage ver-
legt werden.

— Oesterreich-Ungarn. Großes Aufsehen
erregt die von dem Statthalter Grafen Thun zu Prag
verfügte Auflösung des Stadtverordneten-
Kollegiums und des Stadtraths sowie die
Entsetzung des Bürgermeisters und Abgeord-
neten Schädler in Reichenberg wegen mangelnder
Objektivität, gesetzwidriger Reden im Stadtverordneten-
Kollegium, Kompetenzüberschreitung und nicht gewissen-
hafter Polizeileitung. Der Reichsraths-Abgeordnete
Prade legte sofort telegraphisch Beschwerde beim Mini-
sterium ein. Die Aufregung in der Bevölkerung ist
enorm. Die Reichenberger Stadtvertretung bestand
aus Männern, die theils der Schönerer, theils der
Steinwender-Partei angehören. Dem Faß den Boden
ausgeschlagen dürften andere Vorgänge als die offiziell
angegebenen haben. Als Kaiser Franz Josef im
vorigen Jahre Reichenberg besuchte, fiel ihm auf, daß
die städtische Polizei preussische Pickelhäuben trug; er
äußerte zum Bürgermeister den Wunsch nach Änder-
ung. Dieser Wunsch blieb indes unbeachtet. Der
Kaiser verlieh dem Bürgermeister Schädler einen
Orden, welchen derselbe aber niemals anlegte, auch
nicht an des Kaisers Namenstag bei dem Hochamt
in der Kirche. Dagegen nahmen der Bürgermeister
und andere städtische Vertreter an der vom Deutschen
Berein veranstalteten Sedanfeier Theil, wobei mehrere
Reden gehalten wurden, die allenfalls in Deutschland
begreiflich, in Oesterreich aber als unstatthafte De-
monstration erschien. In deutschliberalen Kreisen be-
rührt die jetzt ergriffene Maßregel natürlich unan-
genehm. Nach Vorschrift des Gesetzes müssen nach
drei Monaten Neuwahlen für die aufgelöste Stadt-
vertretung erfolgen.

— Zum Distanzritt Wien-Berlin. Das
„Neue Wiener Tageblatt“ veröffentlicht eine Unter-
redung mit dem General der Kavallerie Edelsheim-
Gyulay. Dieser berühmte Reitergeneral, dessen
Reglement bei der österreichischen Kavallerie heute noch
Geltung hat, veranschlagt die militärische Ausbeute

beim großen Distanzritt Berlin-Wien gleich null; es
sei schade um die vielen verendeten edeln Thiere,
schade um die überlebenden, die kaum mehr zur Auf-
zucht verwendbar seien; die politische Bedeutung der
großartigen Demonstration sei erfreulich, doch in mili-
tärischer Hinsicht habe der Distanzritt keinerlei Werth.

— Spanien. Die Nachricht, daß Kaiser
Wilhelm die Königin-Regentin von Spanien
eingeladen habe, bei der Taufe seiner Tochter Pathe
zu stehen, hat in Spanien zu einer ganz merkwürdigen
Pressehe Veranlassung gegeben, die hauptsächlich
von den beiden hervorragendsten Blättern Madrids
dem „Imparcial“ und dem „Globo“ ausgekämpft
wird, an der sich aber auch alle anderen bedeutenderen
Blätter des Landes betheiligen. Obwohl die Königin-
Regentin die ihr angebotene Pathenstelle nur mit dem
ausdrücklichen Willen des Gesamtministeriums an-
genommen hat, behauptet doch der „Globo“, daß die
Königin durch die Annahme den Interessen des
Landes zuwidergehandelt und den bevorstehenden Ab-
schluß des Handelsvertrages mit Frankreich dadurch
fast unmöglich gemacht habe. Ja, einige deutschfeind-
liche Kreise gingen sogar so weit, das Gerücht aus-
zustreuen, daß Frankreich die Unterhandlungen bereits
abgebrochen habe, da es mit einem Lande, das
sich an die Rockspitze des Dreibundes hänge (wörtlich
nach dem „Globo“) nichts zu thun haben wolle.
In dieser gehässigen Polemik gegen eine von der
Königin-Regentin erfüllte Höflichkeitspflicht nimmt nun
der einflussreiche „Imparcial“, der sich in seiner aus-
wärtigen Politik stets durch eine seltene Unparteilichkeit
ausgezeichnet hat, in einem geharnischten Artikel
Stellung, in dem er die Glossen des „Globo“ und
seines Anhangs für blödsinniges Geschwätz erklärt.
Spaniens Beziehungen zu Frankreich seien weder
besser noch schlechter geworden, als sie vor der Ein-
ladung des Kaisers von Deutschland gewesen sind.
Und wenn Frankreich wirklich die Dreistigkeit besäße,
sich in die inneren Angelegenheiten Spaniens mischen
und seine Handelsfreundschaft nur um den Preis
einer beleidigenden Absage Spaniens an Deutschland
verschachern zu wollen, so solle man ihm zurufen:
„Kümmere Dich um Dich selbst!“ und ihm den Han-
delsvertrag zerrissen vor die Füße werfen. Kaiser
Wilhelm sei so höflich gewesen, der Königin Christine
die Pathenstelle anzubieten und die Königin müßte
geradezu eine Französin sein, wenn sie einen solchen
Höflichkeitsakt mit einer Grobheit beantworten und
die Annahme der Einladung verweigern wollte. Die
Politik habe mit solchen Höflichkeitsbezeugungen gar
nichts zu thun, und Spanien bewahre in allen inter-
nationalen Fragen nach wie vor seine vollständige
Neutralität. Was nun gar die Handelspolitik betreffe,
so wäre es geradezu wahnsinnig, wenn man sich bei
dem Abschluß von Verträgen durch die Annahme oder
Ablehnung einer Pathenstelle beeinflussen ließe. Jede
Nation schließe doch nur einen Handelsvertrag ab,
wenn sie sicher sei, daß er ihr Vortheil bringe und
aus keinem andern Grunde; deshalb könne z. B.
Frankreich und Rußland, trotz der zwischen ihnen
herrschenden, drückenden Freundschaft nie einen Han-
delsvertrag abschließen. Dieser letzte Hieb des „Im-
parcial“ scheint besonders gut gefessen zu haben, denn
der „Globo“ zetert darüber, daß der „Imparcial“ die
heiligsten Gefühle Frankreichs verlege und interna-
tionale Konflikte heraufbeschwöre.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Leipzig, 19. Oktober. Heute Morgen kurz
nach 8 Uhr ist schon wieder auf einen hiesigen Geld-